# 4. Kommunale Beschäftigungspolitik

## Armutsbekämpfung und Beschäftigungspolitik

Wesentlicher Bestandteil der Armutsbekämpfung sollte in einem Sozialstaat eigentlich die Sozialhilfe sein. Durch Verquickung der Sozialhilfe mit der Arbeitslosenversicherung für Langzeitarbeitslose sorgten die Hartz-Gesetze, insbesondere "Hartz IV", für millionenfache Verarmung erwerbstätiger und erwerbsloser Menschen. Explosionsartig nahmen Zeit- und Leiharbeitsverhältnisse zu, ein riesiger Niedriglohnsektor wurde geschaffen.

Die Vernichtung von Ersparnissen und Altersvermögen tausender Erwerbsloser ist eine weitere "Leistung" der Hartz-Gesetze. Erinnert sei auch an die schließlich als verfassungswidrig gekennzeichneten viel zu niedrigen Regelsätze.

Die dadurch beförderte Verarmung lastet schwer auf dem Kommunalhaushalt und läuft gegen die Versuche, Bildungsgerechtigkeit herzustellen. Sie bringt tausende Menschen in die Lage, Antrag-und Bittsteller zu werden. Unter der Überschrift des "Forderns" werden Menschen teilweise ihrer Würde beraubt, es kommt im JobCenter zu massenhaften Auseinandersetzungen zwischen "Kundlnnen" und SachbearbeiterInnen,

die beide Seiten beschädigen.

Die Hartz-Gesetze sind Bundesangelegenheit. Die JobCenter jedoch sind häufig, so auch in Mannheim, "gemeinsame Einrichtungen" Bundesagentur für Arbeit und Kommune. Also trägt die Stadt auch Verantwortung für das Handeln des Job-Centers. Die Stadt Mannheim hat eigens für die unter 25-iährigen Erwerbslosen als bundesweites Pilotprojekt das Jump Plus-Prinzip im Spezial-JobCenter "Junges Mannheim" entwickelt. Wichtiges Prinzip ist das verpflichtende Arbeitsangebot Tag der Antragstellung selbst.

Damit fallen die jungen Erwerbslosen aus der Arbeitslosenstatistik, meist ohne wirklich einen anständigen Arbeitsplatz zu bekommen. Vielmehr besteht die "Arbeit" aus der Teilnahme an "Fördermaßnahmen". Viele junge Menschen unterliegen Hartz-IV-Gesetzgebung, obwohl eigentlich gar nicht dem Arbeitsmarkt zur Verfügung stehen, weil sie schwere Bildungsdefizite aufweisen, weil ihr Sozialverhalten für die Arbeitswelt "unangepasst" ist oder weil sie z.B. unter schwerer Drogenabhängigkeit leiden - alles oft auch Armutsfolgen. Für solche Menschen, denen der Weg in eine selbstbestimmte Zukunft erst geebnet werden muss, sind viele der Fördermaßnahmen durchaus

Hilfe. Die Maßnahmenträger werden jedoch nach schwankenden Maßnahmenzahlen bezahlt und verlieren mmer wieder Kompetenz, weil sie MitarbeiterInnen entlassen müssen.

Viele junge Erwerbslose brauchen solche eher therapeutischen Maßnahmen jedoch gar nicht. Sie werden aber auch in Maßnahmen eingegliedert und dort beschäftigt, um aus der Statistik zu verschwinden.

Was sie brauchen sind geeignete Arbeits- oder Ausbildungsplätze. Sie werden durch den Zwang in Maßnahmen eher demotiviert und an der Arbeitssuche gehindert.

### DIE LINKE Mannheim fordert:

- Die Stadt Mannheim richtet eine unabhängige Beschwerdestelle für Klienten des JobCenter Mannheim ein, an das sich Betroffene wenden können, die sich falsch beraten, unwürdig behandelt und grundlos oder unangemessen sanktioniert fühlen.
- Der für viele Menschen sehr konfliktträchtig erlebte Umgang mit dem JobCenter braucht eine außergerichtliche Klärungsstelle.
- Das JobCenter berichtet dem Gemeinderat jährlich nicht nur quantitativ über ihre Förder-, Sanktionierungsund Vermittlungstätigkeit, sondern auch über die Qualität der vermittelten Arbeitsverhältnisse (Dauer, Einkommensniveaus, besondere Bedingungen etc.).

- Die vom JobCenter vermittelten bzw. angeordneten Maßnahmen werden jährlich auf ihre Qualität und Zweckmäßigkeit hin geprüft.
- Kommunale Beschäftigungsangebote und Förderprogramme auch für ältere, gesundheitlich beeinträchtigte und schwerbehinderte Menschen sowie Langzeitarbeitslose.
- Solche Förderungs- und Weiterbildungsprogramme sind den wiederholten Bewerbungsmaßnahmen vorzuziehen. Deswegen wollen wir eine Vergrößerung des kommunalen Budgets zur "Freien Förderung" vornehmen.
- Das Jobcenter soll das Nachholen von Schulabschlüssen zu erleichtern.

### **▶** Jump Plus

Die Stadt Mannheim rühmt sich mit einer weit unter dem Bundesdurchschnitt liegenden Jugendarbeitslosigkeit. Dieser statistische "Erfolg" wird durch das Projekt Jump Plus erzielt.

Hier werden Jugendliche unter 25 Jahren sofort verbindlich verpflichtet für über 30 Stunden, häufig sogar bis zu 40 Stunden pro Woche an einer Qualifizierungsmaßnahme teilzunehmen.

Durch diese Stundenzahl fallen sie aus der Statistik heraus, sind jedoch auch einer "normalen" Arbeitsvermittlung entzogen. Alle Betroffenen werden unabhängig von der tatsächlichen Situation behandelt, als lägen "Vermittlungshemmnisse" vor.

Wir fordern deshalb, dass sich die Stadt Mannheim innerhalb der gE JobCenter für eine Änderung des Umgangs mit jungen Erwerbslosen einsetzt:

- Junges Mannheim" entwickelt einen Aktionsplan, der auf Kooperation anstelle von Restriktion setzt, um jungen Erwerbslosen mit Vermittlungshemmnissen Zugang zu einer qualifizierten Ausbildung oder unbefristeten Beschäftigung zu öffnen.
- Problembelastete Jugendliche werden individuell gefördert.
- Junge Menschen ohne "Vermittlungshemmnisse" sind als erwerbslos zu registrieren und haben Anspruch auf Arbeitsvermittlung und Leistungen nach SGB II. Sie werden nicht durch sog. Qualifizierungsmaßnahmen blockiert, die sie gar nicht benötigen.
- Die Maßnahmen von "Jump Plus" werden unter Beteiligung der TeilnehmerInnen evaluiert.
- Grundfinanzierung für die Träger, damit unbefristete Arbeitsverträge für die MitarbeiterInnen ermöglicht werden und diese den Jugendlichen kontinuierlich als persönliche AnsprechpartnerInnen zur Verfügung stehen.

■ Die Stadt Mannheim verhandelt mit dem VRN, dass JumpPlus-"KundInnen" Anspruch auf das MAXX-Ticket bekommen.

## ▶ Die Stadt Mannheim als Arbeitgeberin

- Die Stadt Mannheim stellt mehr Ausbildungsplätze insbesondere für Menschen mit "Vermittlungshemmnissen" zur Verfügung.
- Bei der Personalbeschaffung für Verwaltung und Eigenbetriebe werden Ausschreibungen grundsätzlich an das JobCenter weitergeleitet.
- Es findet eine ernsthafte und intensive Überprüfung statt, welche beim JobCenter registrierten Personen für die ausgeschriebenen Stellen in Frage kommen.
- Für die Integration von Langzeitarbeitslosen in den Ersten Arbeitsmarkt der Stadt Mannheim wird ein/e Integrationsmanager/in bereitgestellt, der / die die Arbeitsmarktintegration begleitet und die Dienststellen und Eigenbetriebe sowie die betroffenen MitarbeiterInnen bei Problemen unterstützt.
- Die Stadt Mannheim schafft Ausbildungsmöglichkeiten für erwerbslose Elternteile als Alltagsbegleiter, die das längere selbstständige Leben älterer Menschen im eigenen Haushalt ermöglichen.

## Wiederbelebung des Sozialpasses

Der Sozialpass hat die Funktion, dass insbesondere auch Menschen mit gar keinem oder geringem Einkommen am gesellschaftlichen Leben teilnehmen können.

Die Privilegien, die dieser Pass ursprünglich hatte, wurden 2010 von der CDU-Mehrheit weitgehend erodiert oder gänzlich abgeschafft. Wir möchten den Pass wieder so aus-

bauen, dass er den Menschen auch wirklich hilft.

Deswegen fordern wir folgende Nutzungsmöglichkeiten:

- Freier Zugang aller begünstigten Kinder und Jugendlichen zu allen Schwimmbädern und Schwimmhallen
- Vergünstigter Zugang zu kulturellen und Bildungseinrichtungen
- Verbindung mit dem Sozialticket